

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katja Hessel, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, Markus Herbrand, Till Mansmann, Renata Alt, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Reginald Hanke, Peter Heidt, Reinhard Houben, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Beschäftigte der Autobahn GmbH am Standort Nürnberg

Die Autobahn GmbH des Bundes (vormals: Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen) übernahm am 1. Januar 2021 die Planung, den Bau, den Betrieb, die Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung der Autobahnen in Deutschland. Zuvor waren die 16 Bundesländer im Auftrag des Bundes für die Planung, den Bau und den Erhalt der Bundesfernstraßen zuständig.

Die Zentrale der Gesellschaft befindet sich in Berlin, daneben gibt es zehn Niederlassungen im Bundesgebiet, u. a. eine in Nürnberg.

Als eine der größten Gesellschaften in Bundeshand soll die Mitarbeiterzahl bereits ab 2021 auf bis zu 15 000 Beschäftigte anwachsen. Größtenteils sind die Beschäftigten von den Landesverwaltungen zur Autobahn GmbH gewechselt. Nicht wechselbereite Mitarbeiter aus den Landesverwaltungen sind zwar bei der Gesellschaft tätig, verbleiben jedoch im Landesdienst, wobei der Bund für die Kosten aufkommt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Überführung der Beschäftigten aus den Landesverwaltungen zur Autobahn GmbH insgesamt?
2. Welche der mit der Neustrukturierung erwarteten Synergie- und Effizienzpotenziale lassen sich seit dem 1. Januar 2021 im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg feststellen?
3. Wie viele Beschäftigte arbeiten in welchen Bereichen der Niederlassung Nürnberg bzw. ihrer Außenstellen (bitte nach einer Organigrammstruktur mit Angabe von Vollzeitäquivalenten darstellen)?
4. Wie viele Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg konnten durch die Überführung aus der Landesverwaltung gewonnen werden (bitte absolut und prozentual angeben)?
5. Wie viele Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg haben den Dienstherrn nicht gewechselt und verbleiben somit dienstherrnrechtlich weiterhin bei der Landesverwaltung (bitte absolut und prozentual angeben)?

6. Welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, weshalb Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg einem Übergang des Beschäftigungsverhältnisses von der Landesverwaltung auf die Autobahn GmbH nicht zugestimmt haben?
7. Wie viele Auflösungen von Dienstverhältnissen hat es im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg seit dem 1. Januar 2018 bis dato gegeben, und wer hat die Auflösung veranlasst (bitte die Anzahl nach Jahren einzeln angeben)?
8. Wie viele Beschäftigte im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg wurden neu vom Arbeitsmarkt (extern) rekrutiert (bitte absolut und prozentual angeben)?
9. Welche Stellen wurden mit vom Arbeitsmarkt neueingestellten (externen) Personen im Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg besetzt?
10. Welche organisatorischen und strukturellen Planungen bestehen für den Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg bis zum Jahr 2025?
11. Mit welcher Anzahl an weitere Neueinstellungen rechnet die Bundesregierung für den Geschäftsbereich der Niederlassung Nürnberg bis zum Jahr 2025?

Berlin, den 18. August 2021

Christian Lindner und Fraktion